

Parlamentarischer Vorstoss

2019/616

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Welches üble Spiel treibt das Kiga gegen wirksamen Lohnschutz?
Urheber/in:	Matthias Ritter
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	26. September 2019
Dringlichkeit:	—

Im Dezember 2018 und Februar 2019 reichten die Sozialpartner beim Kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) Gesuche um Allgemeinverbindlicherklärung für zwei Gesamtarbeitsverträge (AVE-GAV) ein, nämlich für das Maler- und Gipsergewerbe sowie das Dach- und Wandgewerbe. Damit sollen die Betriebe und Arbeitnehmenden im Kanton Basel-Landschaft wie zuvor 15 Jahre lang wieder bestmöglich durch AVE-GAV gegen Missbräuche geschützt werden.

Obwohl die einmonatige Einsprachefrist im Winter ungenutzt verstrich, bewegte sich das KIGA monatelang nicht. Erst im Juni und Ende Juli 2019 forderte es von den Sozialpartnern zusätzliche Informationen und Unterlagen ein, die im prompt geliefert wurden. Doch das KIGA findet bis heute laufend neue Gründe und Schikanen, um die AVE-GAV zu verzögern.

Welches üble Spiel treibt das KIGA hier auf dem Buckel von Gewerbe und Arbeitnehmenden? Der Verdacht liegt auf der Hand, dass die gleichen KIGA-Kreise, die schon seit Jahren eine Kampagne gegen Sozialpartner und ihr Arbeitsmarkt-Kontrollorgan AMKB fahren, böswillig und unrechtlich den Allgemeinverbindlichkeitsprozess hintertreiben.

Kann der Regierungsrat den Baselbieterinnen und Baselbietern erklären, was er unternimmt, um dieser Behördenwillkür ein Ende zu setzen?

Ist der Regierungsrat bereit, seine Verantwortung wahrzunehmen und durch die Bewilligung der AVE-GAV den Gewerbebetrieben gleich lange Spiesse zu garantieren und die Arbeitnehmenden in den beiden Branchen vor Lohndumping zu schützen?
